



Institut
**Solidarische
Moderne**

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

Offensive für eine solidarische Bildung

*im Kontext der Bundestagswahl 2017 und dar-
über hinaus*

Harry Neß, Stephanie Odenwald und Volker Rein

20. Juli 2017

18

ZUSAMMENFASSUNG

Es ist erneut an der Zeit, darauf zu drängen, die Kräfte für die Ziele einer lebenswerten, sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft mit einer linken Allianz zu bündeln und sich dafür parteiübergreifend mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen bildungspolitischen Akteur*innen zu verständigen. Dieses Anliegen versteht sich auch im Kontext der Initiative des „Institut Solidarische Moderne“ für einen Politikwechsel in Deutschland, um die persönliche Entwicklung der Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ins Zentrum des öffentlichen Diskurses der Bundestagswahl 2017 und darüber hinaus zu setzen. Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, ermutigt zu Demokratie und zur Teilhabe an unserer Gesellschaft und steht für Chancen und Zugänge in der Arbeitswelt.

DIE AUTOR*INNEN

Dr. Harry Neß, Magister Artium, ist assoziierter Wissenschaftler am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Die Schwerpunkte seiner Forschung liegen u.a. auf den Gebieten des internationalen Vergleichs und der Anrechnung informellen Lernens. Er ist Mitglied in der GEW und in verschiedenen Funktionen der SPD aktiv.

Dr. Stephanie Odenwald, Soziologin und Berufspädagogin, war im Vorstand der GEW von 2005 bis 2013 für Berufliche Bildung und Weiterbildung zuständig, gehört zum Autorinnenkreis der Zeitschrift „Sozialismus“.

Dr. Volker Rein, Sozialwissenschaftler, seit 1996 wissenschaftlich (FU Berlin und Bundesinstitut für Berufsbildung) zur akademischen und beruflichen Bildung tätig und Mitglied der GEW. Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungstätigkeiten in Deutschland, EU und USA mit Schwerpunkt auf Durchlässigkeit und Kompetenzorientierung in der Bildung. Langjährige Mitgliedschaft in der Alternativen Liste Berlin und bei den Bündnisgrünen.

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: info@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne e.V., 2010 mit Sitz in Berlin gegründet, ist Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft erarbeitet das ISM mit seinen 1.100 Mitgliedern Entwürfe zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen einer demokratischen Gesellschaftsreform. Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption.

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de

Die Texte der Publikationsreihe *Denkanstöße* sind kostenlos. Dennoch kosten Sichtung, Bearbeitung und Veröffentlichung der Texte Zeit und Geld. Mit Ihrer Spende unterstützen Sie die Publikationsreihe und die Arbeit des Instituts Solidarische Moderne.
Institut Solidarische Moderne
Konto: 6603179014
BLZ: 10050000

OFFENSIVE FÜR EINE SOLIDARISCHE BILDUNG

Vielen pädagogisch Arbeitenden, wissenschaftlich Forschenden sowie gewerkschaftlich Engagierten brennen folgende Fragestellungen unter den Nägeln:

Mit welcher gesellschaftlichen Perspektive und mit welchen umsetzbaren Zielen könnten im Bildungsbereich - jenseits bisheriger „weiter-so-Politik“ - in einem breiten Bündnis von Rot-Rot-Grün in der Bevölkerung wieder mehr Hoffnung, Zustimmung und Unterstützung erreicht werden?

Die Antworten darauf stellen sich nicht nur für ein kurzfristiges Wahlbündnis, sondern zielen mittelfristig in der kommenden Legislaturperiode auf die Abkehr von einer viele Menschen enttäuschenden Politik. Das Recht auf Bildung braucht – kommunal, regional, national und auch über Grenzen hinweg– einen politischen Paradigmenwechsel. Fakt ist (und das sagen uns alle Bildungsvergleichsstudien): Unser Bildungswesen bietet zu vielen Menschen – mitunter von klein auf – keinen optimalen Start ins Leben. Dabei ist der Zugang zu guter Bildung und zu individueller Förderung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Gegen strukturell vorherrschende Selektions- und Benachteiligungsprozesse in Bildungsinstitutionen ist eine Bildungspolitik zu setzen, die vorhandene personelle, institutionelle und finanzielle Ressourcen so bündelt, dass der Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zum Bildungs- und Beschäftigungssystem gewährleistet wird. Zugrunde liegen muss hierbei das Wissen um Heterogenität und der Wille, Chancengleichheit für alle zu gewähren. Kritik- und Gestaltungsfähigkeit haben in den Lernprozessen einen hohen pädagogisch-inhaltlichen Stellenwert. Sie sind nicht nur wichtig für Eliten, sondern haben unabhängig von Einkommen und sozialer Herkunft eine große Bedeutung für alle gesellschaftlichen Gruppen.

Der Schritt zu einer zweiten großen Bildungsreform nach der ersten in den 1960er und 1970er Jahren stellt die Weichen für die Zukunft von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, auch damit sie befähigt werden, sich mit den sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen der Gesellschaft und deren Folgen verstärkt auseinanderzusetzen. Bildung ist in diesem Kontext ebenso wie Sozial-, Energie-, Gesundheits- und Verkehrspolitik ein öffentliches Gut der Daseinsvorsorge: Sie muss allen Menschen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung stehen. Eine solidarische und menschenrechtsorientierte Bildungspolitik und eine weiter entwickelte Demokratisierung der Gesellschaft gehören untrennbar zusammen.

Die solidarische Bildung selbst beinhaltet den Erwerb einer Haltung zu den kulturell-sozialen und politischen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft, die am Gemeinwohl, gesellschaftlicher Gesamtverantwortung sowie am sozialen Ausgleich unterschiedlicher Interessen orientiert ist. In der dafür erforderlichen Handlungsfähigkeit darf die ökonomische Dimension nicht die allein bestimmende sein. Das widerspricht nicht der Forderung nach einer produktivitäts-, kreativitäts- und innovationsfördernden Bildung, die auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wirksam werden kann. Ein solches Bildungsverständnis grenzt sich in der Ausgestaltung eindeutig von der gängigen Marktreaktions-Perspektive ab und stärkt Absolvent*innen in der Beurteilung und Abgrenzung von völkisch-national orientierten Entwicklungen. Bildung muss folgende Elemente beinhalten: Fundiertes Wissen, „Herzensbildung“ (bspw. emotionale Bildung und Sinnesentfaltung, sich in andere Menschen hineinversetzen und Beziehungen dauerhaft herstellen) und die Fähigkeit, sich für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen einzusetzen. Letzteres verdient besondere Beachtung, denn im Zentrum von Bildung sollte stehen, zu lernen und zu entscheiden, wie wir miteinander leben, wie wir einander achten und einander mit Respekt begegnen, wie wir arbeiten, wie wir Technik (digitale Revolution u.a.) und die Welt und Umwelt gestalten wollen. Erforderlich sind dafür neben der Möglichkeit sich auszuprobieren und einer grundständigen Bildung umfassende Kenntnisse über demokratische Abläufe, die Bereitschaft sich politisch zu informieren und einzumischen, d.h. Kritikfähigkeit gegenüber Macht und Herrschaft, das Lernen aus der Geschichte und die Urteils- und Widerstandsfähigkeit zu fördern.

ÄNGSTEN UND BENACHTEILIGUNGEN ENTGEGENWIRKEN – ANLASS FÜR HOFFNUNGEN GEBEN

Mit dem Abbau des Sozialstaates seit den 80er Jahren, mit der zunehmenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, mit der ökonomischen Durchdringung zahlloser gesellschaftlicher Bereiche hat sich auch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft. Es wurde und wird offensichtlich ein Bildungsverständnis gefördert, das überwiegend auf individuellen Aufstieg, individuelle Leistung, mehr egoistisches Durchsetzungsvermögen und Angst vor gesellschaftlicher Exklusion setzt. Die vornehmlich funktional eingesetzte Bildung reduziert Lernen auf wirtschaftliche Verwertbarkeit, persönliche Karriere und Leistungserfüllung. Dies steht im Kontrast zu einem Bildungsverständnis, über das Ansprüche auf Transparenz, Inklusion, Aufklärung und Demokratie in der Gesellschaft unterstützt werden sollen. Dies beinhaltet, dass Bildung u.a. auch ein wichtiger Katalysator transnationaler und transkultureller gesellschaftlicher Entwicklung z.B. in der Integration von Zugewanderten ist, der in der Vergangenheit in Deutschland nur ansatzweise bewusst gemacht und zu wenig beworben

wurde. Seit Jahren geht aus internationalen Vergleichen hervor, dass Deutschland der „Spitzenreiter“ bei der Bildungsbenachteiligung aufgrund sozialer Herkunft ist. Gerade in Deutschland verstärken oftmals Schulen und Weiterbildungseinrichtungen bestehende sozialstrukturelle Unterschiede aufgrund des sozioökonomischen Status¹, der Geschlechterzugehörigkeit, der sozialen Herkunft und des Migrationshintergrunds. Anhand einiger Schlaglichter lässt sich diese Aussage illustrieren: Je höher der allgemeine oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer sind die Schüleranteile an Hauptschulen und desto höher sind die Anteile von Schüler*innen an Gymnasien. Nur 9% der Gymnasiast*innen wachsen in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss oder keinen allgemeinen Schulabschluss besitzen. An Hauptschulen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem sozialen Status mit 54% sechsmal so hoch. Dagegen finden sich an Gymnasien hauptsächlich Kinder, deren Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife aufweisen (63%). An Hauptschulen ist diese Schüler*innengruppe mit nur 14% vertreten.¹

Das Bildungssystem verfestigt weitgehend die soziale Ungleichheit. Ein zentrales und historisch überdauerndes Selektionsprinzip des Schulsystems besteht bis in die Gegenwart darin, dass die Mehrheit der Schulen nicht an den Potenzialen der Schülerinnen und Schüler ansetzen, sondern unabhängig davon diese mit gesellschaftlich fixierten Rankings konfrontieren. Statt den schulischen Alltag so zu gestalten, dass allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Bildungsprozess ermöglicht wird, der bei den individuellen Stärken und Schwächen ansetzt und individuell fördert, reproduzieren die Schulen in den meisten Fällen die bestehenden sozial-strukturellen Ungleichheiten zwischen privilegierten und weniger privilegierten Schülerinnen und Schülern. Um dem Versagen der öffentlichen Verantwortung zu begegnen, ist in den letzten Jahren zunehmend der individuelle Ausweg in der Nutzung eines millionenschweren Nachhilfemarktes und immer neuen Privatschulen, Privat- und Stiftungsuniversitäten gesucht worden.

Das Ergebnis dieser institutionalisierten Selektionsprozesse illustrieren belastbare Zahlen: Bundesweit verlässt fast jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss, das heißt über 2,7 Millionen Menschen der über 15jährigen leben im bundesdeutschen Kontext ohne einen Schulabschluss.² Rund eine halbe Million von ihnen ist erwerbslos gemeldet. Jedes Jahr werden 400.000 junge Menschen gezählt, die am Ende ihrer Schulzeit nur über eingeschränkte

¹ Vgl. Kristina Reiss, Christine Sälzer, Anja Schiepe-Tiska, Eckard Klieme, Olaf Köller (Hrsg.): Pisa 2015. Münster, New York 2016, S. 285 ff.

² Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld 2016, S. 43.

Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten verfügen. Am deutlichsten symbolisiert den gegenwärtigen Bildungsskandal vermutlich die Zahl von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten.³

Diese Selektion beschränkt sich allerdings keineswegs nur auf den Bereich der Regelschulen. Die Übergänge in den Beruf zeigen, dass auch berufliche Bildungsinstanzen und der sog. Übergangsbereich institutionelle Selektionsschleifen darstellen: Erstens reproduziert sich hier die vorgängige Selektion durch das Schulsystem. Das zeigt sich am deutlichsten in der Gruppe der Jugendlichen, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen und anschließend im Übergangsbereich deutlich überrepräsentiert sind. Das belegt zweitens aber auch die zunehmende Konkurrenz um Ausbildungsplätze, innerhalb derer Hauptschulabsolvent*innen gegenüber den Realschüler*innen und Gymnasiast*innen immer häufiger das Nachsehen haben. Drittens ist das Berufsbildungssystem selbst von immanenten institutionellen Hürden geprägt, da den Absolvent*innen das Recht auf einen Ausbildungsplatz fehlt und Beschäftigung sich ausschließlich über das ökonomisch begründete Handeln legitimiert. Und viertens produziert das Berufsbildungssystem selbst wiederum die soziale Ausgrenzung durch Versagen in der Beratung zur Berufswahl und der Qualität der Ausbildungsbedingungen, wie die Zahl von 24,9% der Auszubildenden zeigt, die ihren Ausbildungsvertrag vor ihrem Ausbildungsabschluss auflösen.⁴

Soziokulturelle Differenzen werden oftmals nicht als Ausgangspunkt und Potenzial von Bildungsprozessen interpretiert, was sie durchaus sein können, sondern vornehmlich als Quelle sozialer Konflikte moralisiert. Es ist gesellschaftlich unverantwortlich und für die Betroffenen demütigend, wenn trotz jahrelanger beruflicher Ausbildung und trotz eines Studiums keine passende Arbeit und Festanstellung gefunden wird. Dies sind Quellen von Angst- und Ohnmachtsgefühlen, sie lassen Menschen entwürdigende Erfahrungen machen, die gegenüber der Politik eine skeptische bis ablehnende Haltung fördern. Dies birgt brisantes soziales Konfliktpotenzial, das sich demokratischen Willensbildungsprozessen gegenüber verweigert und zum Zündstoff für eine zunehmende Intoleranz, eine Bildungsverweigerung und einen ausschließlich nationalstaatlich orientierten Populismus werden kann.

Die angestrebten Prozesse lebensbegleitenden Lernens werden gegenwärtig primär als Lernprozesse in privater Verantwortung konzipiert. Faktisch wird der lebenslange Bildungsprozess gegenwärtig zu oft zu einem funktionalistischen Lernkonzept umgedeutet. Die Einzel-

³ Vgl. Anke Grotluschen; Wibke Riekmann: Leo - Level-One Studie. Presseheft. Universität Hamburg. Hamburg 2011, S. 2.

⁴ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht. Bonn 2016, S. 181.

nen sollen sich auf Lerninhalte und Lernstrategien konzentrieren, die den (potenziellen) Anforderungen des Erwerbsmarktes gerecht werden. Damit verbunden ist die Ideologie, die individuelle soziale Lage als Folge des eigenen Handelns und nicht auch als strukturbedingt zu sehen. Dieses Bildungsverständnis führt direkt in die gesellschaftliche Sackgasse eines Bildungsmarktes der Kommerzialisierung und Privatisierung, von dem einkommenschwache und sog. bildungsferne Schichten aber auch Menschen nichtdeutscher Herkunft, die aufgrund von Flucht oder Verfolgung jetzt hier leben, weitgehend ausgeschlossen bleiben.

UMFASSENDE ÖFFENTLICHE VERANTWORTUNG FÜR BILDUNG VON DER FRÜHKINDLICHEN ERZIEHUNG BIS ZUR WEITERBILDUNG – ABGESICHERT DURCH AUSREICHENDE FINANZIERUNG

Bildung ist Teil der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Bund, Länder und Kommunen finanzieren die allgemeinbildenden Schulen und die Hochschulen fast vollständig und die berufliche Bildung zu zwei Dritteln aus Steuern. Die Basis für eine solidarische Gesellschaft ist ein finanziell ausreichend gesichertes Bildungssystem, - von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung. Das bedarf des eindeutigen Willens der Akteur*innen zu einer großen gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, Mehrheiten dafür zu gewinnen, die notwendigen Ressourcen aus anderen Politikbereichen umzuschichten.

Schulen und Kindertagesstätten müssen zu chancengerechten und diskriminierungsfreien Lebensräumen inklusionsfördernder Strukturen und Praktiken werden, in denen Kinder spielen und lernen, zu denen alle freien Zugang haben und in denen sie Schutz und Wertschätzung erfahren, in denen sie personell verstärkt zum Lernen motiviert und ohne Effizienz- und Zeitdruck solidarische Praxis erleben und erproben können. Dafür brauchen sie unterstützende Lehr- und Lernmittel der Bundesländer sowie kommunal angepasste baulich-räumliche Bedingungen. Und dafür braucht es gut ausgebildetes, im Umgang mit Heterogenität geschultes und angemessen vergütetes Fachpersonal.

Keine Kinder und Jugendlichen dürfen im Bildungsprozess von den dafür zuständigen Institutionen aufgegeben werden, denn es ist „normal“, verschieden zu sein und unterschiedliche Fähigkeiten oder Handicaps zu haben, hier geboren und aufgewachsene Eltern oder solche mit ausländischer Herkunft zu haben. Die Förderung von Anfang an ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine den Familien überlassen werden darf. Hier braucht es das gute und vertrauensvolle Miteinander von Elternhaus, Kita, Schule, Jugend- und Sozialhilfe. Soziale Benachteiligung muss durch spezielle Förderprogramme kompensiert werden. In Kitas und Ganztagschulen als öffentliche kostenfreie Bildungsorte können Kinder bei entsprechender Ausstattung und emanzipativer Pädagogik ihre Fähigkeiten entfalten. Unverzichtbar sind

echte Ganztagschulen, die so gestaltet sind, dass Kinder und Jugendliche nachmittags nicht nur betreut bzw. aufbewahrt, sondern ganztags in ihrer Entwicklung gefördert werden. Dazu gehört für eine ganzheitliche Bildung auch eine Ausweitung des sportlichen und musischen Angebots. Ein Effekt davon ist u.a. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten.

„Eine Schule für alle“ ist bereits seit Jahrzehnten eine von vielen gesellschaftlich relevanten Akteuren gestellte Forderung für die ersten zehn Schuljahre. Gemeint ist eine Schule, die didaktisch-methodisch mit einer entsprechenden technisch-räumlichen Ausstattung und einem dafür ausgebildeten Lehrpersonal unterrichtet. Unmittelbar darauf folgend sollten allgemeine und berufliche Bildungsansätze und -pfade konzeptionell und institutionell verzahnt und integriert werden, und zwar auf der Grundlage eines umfassenden Bildungsverständnisses, das u.a. Wissen, soziale Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten des Handwerks, der Wissenschaft und Kultur umfassend und altersgerecht vermittelt.

Berufsbildung, insbesondere in ihrer dualen Form, wird häufig aus einer marktorientierten Perspektive heraus gestaltet. Dies trifft immer mehr auch auf andere Bildungsbereiche in der Allgemeinbildung (Schulen, Hochschulen) zu. Aus einer betriebs- und gesamtwirtschaftlichen Perspektive betrachtet, werden die Arbeitgeber*innen hier hoch subventioniert, woran auch der große Beitrag von Betrieben zu Personalentwicklungsaufwendungen nichts ändert. Hinsichtlich der Finanzierung müssen bisherige rein betriebswirtschaftliche Kostennutzenrechnungen im Rahmen gesellschaftlicher Gesamtkostenrechnungen neu bewertet werden. Damit kann auch das Recht auf Ausbildung verwirklicht werden, welches seit Jahren von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Wissenschaft und Lehrer*innenverbänden gefordert wird.

Lebenslanges Lernen muss aufhören, Imperativ eines immer intensiveren globalen Wettbewerbs um „Humankapital“ zu sein. Vielmehr sollte es als Ausdruck von Lebensqualität auch in Lebensphasen ohne Erwerbstätigkeit anerkannt werden. Die persönliche Lebensgestaltung, kulturelle und politische Beteiligung, der Schutz der Natur - all das ist integrativer Gegenstand von Bildungsprozessen. Um das Recht auf lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen zu verwirklichen, muss eine verbesserte Bildungsberatung für Kinder, Jugendliche und Eltern bundesweit installiert werden, die persönliche Interessen und Institutionen für entsprechende Bildungswege passgenauer zusammenführt. Zudem braucht es in allen Bundesländern Bildungsfreistellungsgesetze, die eben dieses Lernen auch für alle ermöglichen und rechtlich absichern.

Auch für eine emanzipatorische Bildung an Hochschulen gilt, dass es Zeit- und Freiräume ohne Effizienzdruck geben muss. Die Studienabschlüsse an den Hochschulen müssen so

umgestaltet werden, dass sie nicht weiter in die Sackgasse der Verwertungsideologie führen, sondern einem umfassenden Bildungsverständnis folgend eine selbstbestimmte Lebensplanung und solidarisches Handeln begründen. Akademische Bildung darf so gesehen nicht auf eine ausschließliche Orientierung an der Beschäftigungsfähigkeit im Arbeitsmarkt reduziert werden, sondern muss sich wie in den anderen genannten Bildungsbereichen an den Grundsätzen unabhängiger wie gesellschaftlich verantwortlicher Wissenschaftlichkeit orientieren.

Insgesamt muss der Staat als Repräsentant des Allgemeinwohls und aller öffentlichen Güter, also auch dem politischen Handlungsfeld der Bildung, erstens in öffentlicher Verantwortung das Gestaltungsmonopol behalten bzw. erringen, und zweitens den Zugang auf allen Systemebenen für alle Bevölkerungsgruppen durchsetzen. Kitas, Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen als „Lernorte“, in denen gut gelernt werden kann, brauchen zusätzliche Finanzmittel. Dafür ist in Bund, Ländern und Kommunen eine robuste Vereinbarung für eine sukzessive Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben von z.Zt. ca. 116,3 Mrd. EURO (4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts)⁵ zu vereinbaren. Der Staat muss darüber hinaus die notwendigen Bildungseinrichtungen mit gut qualifiziertem und gut entlohntem Bildungspersonal als Teil der sozialen Infrastruktur zur Verfügung stellen. Neben den dort erworbenen Abschlüssen müssen auch die im Lebenslauf erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten mit entsprechenden Zertifizierungsverfahren eine Wertschätzung und Anrechnung erfahren. Zudem ist es an der Zeit, endlich das Kooperationsverbot für die Bildung auf Bundesebene zu beenden.

⁵ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld 2016, S. 234.

KONKRETE UND PERSPEKTIVISCHE MAßNAHMEN ZUR UMSETZUNG SOLIDARITÄTSFÖRDERNDER BILDUNG

Eine Bildungsoffensive, die ihren Namen verdient, sollte sich in der nächsten Legislaturperiode an folgenden Forderungen orientieren:

- **Demokratisierung von Bildungsinstitutionen – menschenrechtsorientierte Bildung für alle von Anfang an.**

Weitere Demokratisierung der Gestaltung und Entscheidungsfindung in den Bildungsinstitutionen.

- **Demokratie-Lernen als Teil von Bildung - dies setzt jedoch voraus, Demokratie auch im wahrsten Sinne des Wortes erfahrbar zu machen.**

*Konzeptionelle Verankerung von „Demokratie lernen“ und vom Umgang mit Heterogenität in der Aus- und Weiterbildung von Bildungspersonal, wie auch in Prozessen der Schulentwicklung als Leitgedanke, Strukturmerkmal und Inhalt von Bildungsprozessen; - ein Anliegen, das von der Schulverwaltung, der Lehrer*innenschaft, den Eltern und Verantwortlichen der Politik auf allen Ebenen Unterstützung benötigt. Kinder und Jugendliche machen in den Schulen und Ausbildungsorten sowie in ihrer Kommune Erfahrungen wie Demokratie funktioniert. Sie können lernen, wie auf das Geschlecht, soziale Herkunft, Religionszugehörigkeit, etc. bezogen diskriminierungsfrei und solidarisch miteinander umgegangen werden kann.*

- **Gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse**

Der Übergang zu einem inklusiven, diskriminierungsfreien Schulsystem ist rechtlich und organisatorisch als gemeinsame Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse weiterzuentwickeln.

- **Förderung durch frühkindliche Bildung und Ganztagschulen**

Ein ganzheitliches Bildungsprogramm für Krippen, Kindergärten und Horte inklusive Ganztagschulen.

- **Bildung und Arbeitswelt**

Ein den Bildungsprozess begleitendes Kennenlernen der Arbeitswelt: Das beinhaltet sowohl die Seite der fachlichen und technischen Entwicklung der Arbeit, wie auch die der sozialen Beziehungen und erkämpften Rechte, also auch die kritische Auseinandersetzung mit den Interessen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

- **Bildung und Theorie-Praxis Bezug**

Verstärkter integrativer Theorie-Praxisbezug ab der 11. Klasse durch eine stärkere konzeptionelle, inhaltliche und personelle Kooperation zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulformen.

- **Institutionell abgesicherte Inklusionsförderung**

Wirksamere institutionell abgesicherte Inklusionsförderung in Schul- und Berufsbildung.

- **Verstärkte Förderung von Bilingualität sowie des Schüler*innen- und Auszubildendenaustauschs**

*Verstärkung bilingualer Förderung sowie des Schüler*innen- und Auszubildendenaustauschs in der allgemeinen und beruflichen Bildung, auch um völkisch-nationalen Tendenzen zu begegnen.*

- **Förderung der Sozialarbeit und psychologischer Dienste in der Schule**

In ausreichendem Umfang die flächendeckende Bereitstellung von Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Diensten für alle Bedarfsgruppen und eine Ausfinanzierung der örtlichen Kinder- und Jugendförderung.

- **Bundesweite Bildungsberatungen zum lebensbegleitenden Lernen**

*Errichtung eines - personell ausreichend ausgestatteten - bundesweiten Beratungsangebots für Eltern, Kinder, Schüler*innen, Studierende, Arbeitnehmer*innen, Arbeitslose und Rentner*innen zur ortsnahen Navigation durch Angebote lebensbegleitenden Lernens.*

- **Umlagefinanzierung der betrieblichen Berufsbildung**

*Vorbereitung eines Finanzierungsmechanismus für den gesamten betrieblichen Teil der beruflichen Bildung, z.B. über Steuern und einen Fond, der alle Arbeitgeber*innen als Nutznießer*innen angemessen an allen Kosten beteiligt. Hierdurch würde die berufliche Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gestärkt, die bisher ausbildenden Betriebe entlastet, die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche erheblich erleichtert und das Recht auf einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen gesichert.*

- **Förderung der Anerkennung nicht- und informeller Bildung**

Schaffung bzw. Ausbau von Instrumenten zur Feststellung von Kompetenzen aus nichtformaler und informeller Bildung, um diese im Kontext der formellen Bildung anzuerkennen und anzurechnen. Dies ist auch wichtig für die gesellschaftliche Integration von Geflüchteten und Bildungsbenachteiligten.

- **Nachhaltige Verbesserung der Beschäftigung und Einkommen von Bildungstätigen**

Verbesserung der Beschäftigung und Einkommen von Bildungstätigen. Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern, die in der Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ab dem Elementarbereich tätig sind. Dies schließt auch die Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen in pädagogisch tätigen Institutionen ein.

- **Weiterentwicklung einphasiger Lehrerbildung**

Die Weiterentwicklung der Lehrerbildung zur Einphasigkeit, indem Hochschule und die Professionalisierung der Studierenden in den Schulen verzahnt werden. Verbesserung der personellen Ausstattung und Wertschätzung von wissenschaftlicher Lehre an den Hochschulen.

- **Aufhebung Bund/Länder Kooperationsverbot**

Aufhebung des gesetzlichen Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern, um für mehr Chancengerechtigkeit Finanzleistungen des Staates besser steuern zu können.

- **Nachhaltig sukzessive Erhöhung der Bildungsausgaben**

Um eine umfassende Bildungsreform nicht nur mit neuen Mehrheiten zu fordern, muss in Bund, Ländern und Kommunen die sukzessiv umgesetzte Verdoppelung der bisherigen Bildungsausgaben das Fundament von politischen Vereinbarungen sein. Dies schließt die umfassende Aufstockung der Finanzmittel in einem Sondertitel des Bundeshaushalts ein. Aus ihm ist auch die Bauinstandhaltung und Ausstattung mit digitalen Medien von allen Bildungseinrichtungen vor Ort (Kommunen und Regionen) in Ergänzung zu den Anstrengungen der Bundesländer zu unterstützen.

- **Paritätische Bildungskommission von Bund, Ländern und Kommunen**

Der Aufbau einer paritätisch besetzten Kommission des Bundes, der Länder und Vertreter der Kommunen und Kreise zur Koordination und Entscheidung über bundesweite Aktivitäten im Bildungsbereich unter Einbeziehung der Sozialpartner.

- **Eine nachhaltig gesellschaftlich verantwortliche und solidarische Bildung in der EU**

Überprüfung und Revision der beherrschend an Arbeitsmarkterfordernissen orientierten Ausrichtung der Bildungspolitik und der Bildungsprogramme der Europäischen Union, insbesondere in der beruflichen und hochschulischen Bildung sowie die Förderung einer nachhaltig gesellschaftlich verantwortlichen und solidarischen Bildung auch auf europäischer Ebene.

Offenbach am Main, Berlin, Bonn – 20. Juli 2017

*An diesem Denkanstoß haben außerdem folgende Bildungsexpert*innen mitgewirkt: Johannes Angermüller (London, University of Warwick), Peter Best (Frankfurt/Gutenberg-Schule) und Ulrike Engels (Bonn, Bundesinstitut für Berufsbildung)*

Alle Denkanstöße stehen online kostenlos als Download zur Verfügung. Das Institut Solidarische Moderne freut sich aber über Ihre Spende zur Unterstützung der Denkanstöße und der Arbeit der Programmwerkstatt.

www.solidarische-moderne.de